

Prostfreie

Aktion zur Personaluntergrenze vor dem Schwabinger Krankenhaus



Seniorenveranstaltung

„Einfluss der Pharmaindustrie“

Referent: Dr. Schwarzkopf-Steinhauser

Donnerstag, 17. Oktober 2019, 14:00 Uhr
Großer Saal im Gewerkschaftshaus, in der
Schwanthalerstraße 64

Seniorenveranstaltung

„Podiumsdiskussion mit Stadtratskandidaten zur
Kommunalwahl“

Mittwoch, 05. Februar 2020, 14:00 Uhr
Großer Saal im Gewerkschaftshaus, in der
Schwanthalerstraße 64

Einflussnahme der Pharmaindustrie auf die medizinische Versorgung

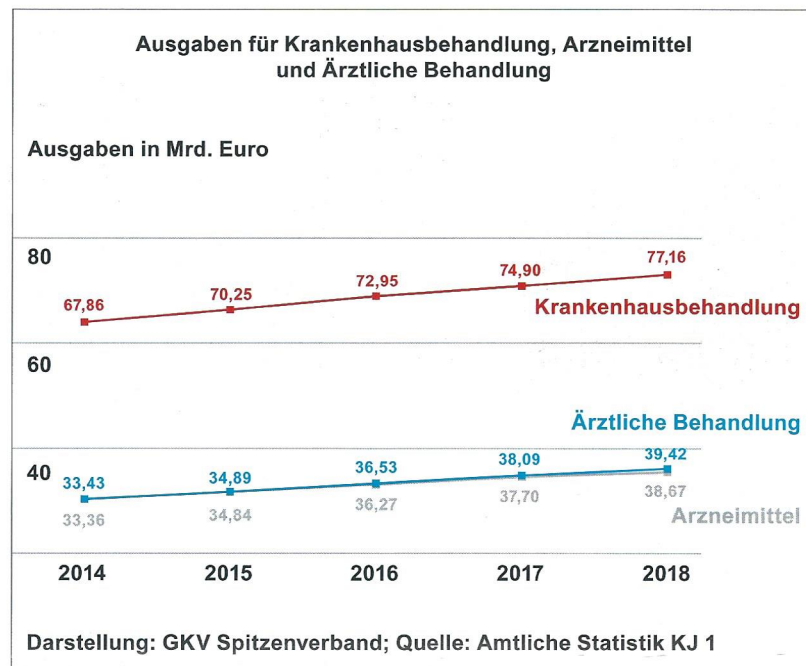
(Dr. Gerhard Schwarzkopf-Steinhauser, Mitglied von MEZIS, VDÄÄ und Verdi)

Aufgabe der Pharmaindustrie ist es, die notwendigen Medikamente zur Behandlung von Erkrankungen zu entwickeln und mit guter Qualität den Patienten zur Verfügung zu stellen. Der Vertrieb erfolgt über die Apotheken und neuerdings können auch Medikamente online über das Internet bestellt werden. Grundsätzlich ist zwischen verschreibungspflichtigen und nicht verschreibungspflichtigen Medikamenten zu unterscheiden. Für nicht verschreibungspflichtige Medikamente darf auch Werbung gemacht werden. Für verschreibungspflichtige Medikamente darf nur in der ärztlichen Fachpresse geworben werden. Verschreiben dürfen in Deutschland nur approbierte Ärztinnen und Ärzte. Das ist der wesentliche Grund, warum die Ärztinnen und Ärzte für die Pharmaindustrie Ziel für die Einflussnahme sind. Die Beeinflussung der Ärzteschaft erfolgt auf folgende Weise:

- Besuche von Pharmavetretern in den Arztpraxen und den Kliniken
- Sponsoring von ärztlichen Fortbildungsveranstaltungen, wo für bestimmte Erkrankungen als Teil der Therapie Medikamente vorgestellt werden, die von den Pharmafirmen hergestellt und verkauft werden, die die Veranstaltung sponsern
- Einladungen von Ärztinnen und Ärzten zu o.g. Fortbildungsveranstaltungen mit der Übernahme von Übernachtungs- und Reisekosten, häufig an touristisch schönen Orten verbunden mit Bade- oder Skifahrsmöglichkeiten
- Lukrative Bezahlungen von Ärztinnen und Ärzten, die Vorträge oder Veröffentlichungen mit einer positiven Bewertung der Medikamente zum Inhalt haben, die von der geldgebenden Pharmafirma produziert und vertrieben werden.
- Neuerdings sponsern Pharmafirmen auch Selbsthilfegruppen wie z.B. die Selbsthilfegruppe von MS-

Erkrankten, Ovarialcarzinome und viele mehr, um so indirekt über die betroffenen Patienten, die einen hohen Leidensdruck haben, das Verschreibungsverhalten der Ärztinnen und Ärzte zu beeinflussen.

In der Pharmaindustrie geht es um viel Geld. Da vergleichbare Medikamente, die auch sehr teuer sind, mehrfach auf dem Markt angeboten werden, hat jede Firma natürlich ein großes Interesse, dass ihre Medikamente und nicht die der Konkurrenz verschrieben werden. Bezahlen tun die Rechnung die Krankenkassen und natürlich wir als Beitragszahler.

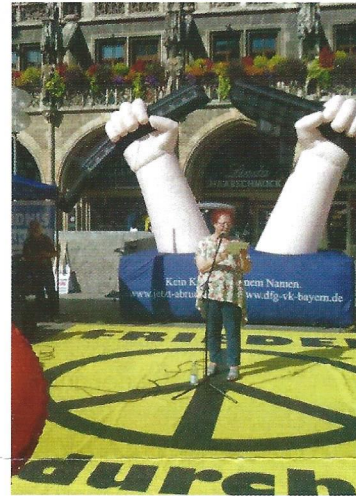


Die Gesamtausgaben der GKV für Krankenhäuser, Ärztliche Versorgung und Arzneimittelausgaben sind im Diagramm dargestellt. Die Krankenhauskosten beinhalten auch die Arzneimittelkosten in den Krankenhäusern, sodass da noch zu den 38,67 Mrd. Euro alle Kosten für Medikamente in den Krankenhäusern dazu kommen.

„Rund 71.000 Ärzte erhielten 2015 Geld von der Pharmaindustrie, die Verstrickungen sind fragwürdig. SPIEGEL ONLINE und „Correctiv“ haben eine Datenbank erstellt, mit der Sie Ihren Arzt suchen können.

Es war ein Kulturbruch: Ende Juni legten 54 Pharmakonzerne erstmals offen, wie viel Geld sie an Ärzte in Deutschland zahlen. 575 Millionen Euro flossen demnach im vergangenen Jahr an mehr als 71.000 Ärzte und Fachkreisangehörige wie Apotheker sowie 6200 medizinische Einrichtungen. Ein knappes Drittel dieser Ärzte hat zugestimmt, dass die an sie geleisteten Zahlungen veröffentlicht werden dürfen“. (Spiegel online 14.07.2016)

Aktionen der ver.di Senioren



ver.di Senioren bei der Kundgebung zum Anti-Kriegstag am Marienplatz am 31.08.2019:

Dieses Jahr war das Motto: „80 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939 muss es endlich heißen: „Nie wieder! Kriege beenden“. Für die ver.di Senioren hielt Christl Saurer eine engagierte Rede.



Songgruppe Eulenschrei der ver.di-Seniorinnen und -Senioren

Wir sind eine Gruppe gewerkschaftspolitisch engagierter Seniorinnen und Senioren, die gerne singen. Unser Schwerpunkt sind politische Lieder, z.B. aus der Arbeiter*innen- und Friedens-Bewegung. Dabei ist es uns wichtig, dieses Liedgut auch bei Veranstaltungen und Demonstrationen im Bewusstsein zu erhalten und weiter zu verbreiten.

Wenn Du Lust hast, bei uns mitzusingen oder uns mit einem Instrument (z.B. Gitarre, Akkordeon) zu begleiten, bist Du herzlich willkommen.

Wir treffen uns ca. alle 2 Wochen jeweils montags 10-12 Uhr im Gewerkschaftshaus zum Proben.

Kontakt: Brigitte und Klaus-Dieter Bornemann
Tel. 089-171278, B_und_KD.Bornemann@t-online.de

Volksbegehren „Stoppt den Pflegenotstand“ scheitert vor dem bayrischen Verfassungsgericht

Das Volksbegehren zur Einführung von verbindlichen Personaluntergrenzen ist nun auch vor dem bayrischen Verfassungsgericht gescheitert. Das Volksbegehren wurde für unzulässig erklärt. Die gesetzlichen Vorgaben seien nicht gegeben. Der Pflegenotstand bleibt, es fehlen in Bayerns Krankenhäusern etwa 12.000 Stellen. Das von der Bundesregierung neue verabschiedete Personaluntergrenzengesetz gilt nur in der Intensivmedizin, der Geriatrie, der Unfallchirurgie und Kardiologie und setzt in diesen Bereichen einen Minimalstandard fest. Aus ver.di Sicht müssen in diesen Bereichen nur ein Viertel der Krankenhäuser mit der schlechtesten Personalausstattung ihr Personal aufstocken. Damit wird der Pflegenotstand nicht gemildert. Was kann nach den gescheiterten Volksbegehren noch getan werden: ver.di kann versuchen in weiteren Krankenhäusern einen Entlastungstarifvertrag durchzusetzen. In 23 Krankenhäusern gibt es mittlerweile solche Regelungen. Die

Landesregierung könnte als Träger der Universitätskliniken eigene Personalbemessungsregelungen erlassen und in gleicher Weise wären Regelungen bei den Kommunen für die städtischen Krankenhäuser möglich. Angesichts der kommenden Kommunalwahlen können engagierte Bürger, Gewerkschaften und unterstützende Parteien diese Regelungen noch einmal thematisieren.



Aktuelle Termine in 2019:

Veranstaltungen im Gewerkschaftshaus, Schwanthalerstr.64, 80336 München, Großer Saal:

17. Oktober 2019, 14:00 Uhr

„Einfluss der Pharmaindustrie“
Ref.: Dr. Schwarzkopf-Steinhauser

Monatliche Treffpunkte:
**Gewerkschafts- und kulturpolitischer Arbeitskreis
Heinz Huber:**

Jeden 1. Dienstag im Monat,
10:00 Uhr im DGB Haus,
Raum Kurt Eisner

1. Oktober 2019

„Die Lage der Beschäftigten im Organisationsbereich der IG BCE“

5. November 2019

„Das Versagen der Interlektuellen 1914-1919 am Beispiel von Thomas Mann“
Ref.: Bernd Schröder

3. Dezember 2019

Jahresabschlusstreffen der Aktiven im Arbeitskreis

7. Januar 2020

„Arbeiterklasse – gibt's die denn noch?“
Ref.: Wolfgang Veigelhuber

Über Veranstaltungen informieren wir über die Münchenseite in der ver.di Publik und im Internet unter www.muenchen.verdi.de

ver.di Bezirk München:

Zentrale: 089 / 5 99 77 - 0

Meinungsseite**Verkehrswende mit dem öffentlichen Personenverkehr**

Cornelius Müller, Betriebsratsvorsitzender SWM Mobilität & MVG

Verkehrswende, ÖPNV-Offensive, Autofreie Städte, 365 € Ticket oder gar kostenloser Nahverkehr. Diese und mehr politische Forderungen liest und hört man seit 2018 wöchentlich in den Nachrichten. Beschäftigte im ÖPNV (und auch beim SPNV, wie die S-Bahnen) kann das nur positiv stimmen, hat man doch jahrelang kein Gehör gefunden. Gleichzeitig reibt man sich immer wieder verwundert die Augen, wegen des Ankündigungswettbewerbs in den vergangenen Monaten. Musste wirklich erst die deutsche Automobilindustrie in Abgasskandale verwickelt werden, um die zentrale Bedeutung von ÖPNV in wachsenden Städten in der Bundespolitik zu erkennen?

Seit den 90er-Jahren gab es über ca. 20 Jahre hinweg massive Einschnitte bei den Branchen-Tarifverträgen, insbesondere bei der Sozial- und Altersabsicherung. Auch die Löhne stiegen, unter Berücksichtigung der Inflationsquoten, erst seit ca. 6 Jahren auf Druck der Gewerkschaften und vor dem sich abzeichnenden Personalmangel, in allen Tätigkeitsbereichen wieder. Hintergrund waren die neoliberalen Ideen eines Wettbewerbs, der die Steuerzahlenden vom ÖPNV entlasten sollte.

Nun also die politische Wende in Bund und Freistaat, welche die seit Jahren am Ausbau interessierte Stadt München bei der weiteren Verkehrswende unterstützen will: Erhöhung der Bundesmittel zum ÖPNV-Neubau, staatliche Mittel zur Angebotsverbesserung und städtische Beschlüsse sowie Co-Finanzierung bei konkreten Projekten, wie z.B. der U9.

Ist damit alles gut mit den Problemen der vergangenen 20 Jahre ÖPNV-Politik in Deutschland? Sicher nicht, viele Hürden sind noch zu nehmen: Die Bundespolitik hat bisher nur die Gelder für den Neubau erhöht. Immerhin, es gibt jetzt mehr Projekte in Deutschland, aber einen Investitionsstau von mehreren Milliarden € bei der überfälligen Bestandssanierung, wenn man „Rostfrei“ weiterfahren will. Außerdem müssen Arbeitsbedingungen weiter deutlich verbessert werden, da mehr Personal benötigt wird.

Die Richtung ist jedoch klar, denn die Landeshauptstadt hat sich bereits ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Bis 2050 soll die Stadt klimaneutral werden und der größte CO₂-Verursacher in der Stadt ist der Verkehr. Und auch wenn sie das Angebot bereichern, Carsharing, Ridesharing und Elektroroller werden die großen Personenkilometer nicht zurücklegen können. Zumindest nicht ohne auch im Stau zu stehen. Denn neben Geld ist für eine echte Verkehrswende ein weiterer Kraftakt notwendig: Der vorhandene, knappe Platz muss neu verteilt werden: Es braucht kurzfristig mehr Busspuren und weitere Flächen für Betriebshöfe sowie Abstell- und Wendeflächen.

Eine Priorisierung für den ÖPNV in der politischen Debatte ist nicht ausreichend, sondern es braucht eine Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren in Deutschland. Wenn ein zentrales Projekt der letzten Jahre, wie die Tramwesttangente, erst 2026 fertiggestellt werden kann, wie lange benötigt dann ein U-Bahnneubau? Um die Lebensqualität in der Stadt zu sichern braucht es von allem mehr: U-Bahn, Tram- und Busausbau.

Gleichzeitig muss sich ver.di umso dringender weiter um die Arbeitsbedingungen in der Verkehrswende kümmern. Durch ihre Stimmabgabe bei der Landtagswahl können die Wählerinnen und Wähler am 14. Oktober Einfluss darauf nehmen, dass die gewählten Volksvertreter unsere Verfassung in Zukunft beachten.